„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochsausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

„Sozialist. Gemeinwirtschaft"?

Schlechte Zeiten wie die gegenwärtige sind stets die Brutstätten radikaler Ideen gewesen und werden es auch in Zukunft bleiben. Jede Wirtschaftskrise erzeugt eine Hochflut von Reformvorschlägen und resolutionären Phrasen. Gegen vernünftige soziale und wirtschaftliche Reformen wird kein denkender Mensch etwas einzuwenden haben. Kein Wirtschaftssystem ist so vollkommen und hoch erhaben über jeder Kritik, daß darin nicht noch Raum für Verbesserungen, für eine konsequente Entwicklung und für den Fortschritt vorhanden wäre. Auch ohne besonderen Druck von Politikern und Reformatoren vollzieht sich eine unaufhörliche Wandlung und Entwicklung ganz naturgemäß, ja fast mit einer gewissen Gesetzlichkeit, weil die Wirtschaft sich veränderten Verhältnissen und neuen Ansprüchen anpassen muß. In der Notzeit der Gegenwart wird die Kritik am sogenannten kapitalistischen System mit besonderem Wortschwall laut. Wir fühlen uns nicht berufen, dieses System in Bausch und Bogen als das Ideal anzupreisen, sondern glauben nur, daß es wie jedes Wirtschaftssystem seine Licht- und Schattenseiten hat. Ganz töricht sind aber jene, die unter Aufbietung aller Kräfte das Fundament dieses Systems zu unterwühlen und an seinem stolzen Bau zu rütteln suchen, um es zum Einsturz zu bringen. Der logisch denkende Mensch fragt sich: Was dann? Was soll an die Stelle des verhaßten und verlästerten Systems treten? Welche Lösung haben die Umstürzler und Radikalinski für die Nöte der Gegenwart?

Wie im letzten „Courier" ziemlich ausführlich berichtet wurde, haben die Vereinigten Farmer von Manitoba auf ihrer Jahresversammlung in Brandon sich von A. J. Macauley, dem Präsidenten der Vereinigten Farmer von Saskatchewan, dazu verführen lassen, eine scharfe Entschließung gegen das kapitalistische System anzunehmen. Die in der Resolution angepriesene „Lösung" für alle die vielen und ernsten Probleme ist: „Sozialistische Gemeinwirtschaft und genossenschaftliche Produktion". Das mag in den Ohren vieler bedrängten Farmer wie verklärtste Zukunftsmusik klingen, wie die Verheißung des gelobten Landes, wie das Versprechen eines Wirtschaftsparadies. Die freundlichen Klänge verwehen aber ziemlich schnell, wenn wir einmal den kräftigen Wind der gesunden Kritik darüber hinstreichen lassen. Was verstehen Macauley und seine Nachläufer unter „sozialistischer Gemeinwirtschaft" und „genossenschaftlicher Produktion"? Auf der Tagung in Brandon wurde es klar und deutlich erklärt: der Farmer soll auf sein mit saurem Schweiß und unter großen Mühen erworbenes Privateigentum „freiwillig" verzichten. Er soll also — um einmal gut deutsch zu reden — sein Land, das er einmal als Heimstätte erworben oder mit seinen Ersparnissen gekauft hat, dem guten Vater Staat in den Schoß werfen. Die natürliche Folge davon wäre, daß der Farmer jedes Recht auf seinen Grund und Boden aufgibt und damit zu einem rechtlosen und gänzlich besitzlosen Proletarier wird. Was dann? Nach dem Plan des radikalen Herrn Macauley soll dann der Staat das zurückgegebene Land dem Farmer wieder gnädigst verleihen und zwar in Form einer „Nutzpachtung". Mit anderen Worten: der Farmer soll auf die Stufe eines Landarbeiters im Dienste der Regierung heruntergedrückt werden. Doch damit ist die „sozialistische Gemeinwirtschaft" noch nicht erreicht. Folglich würden die Herren Macauley und Konsorten noch einige Schritte weitergehen und schließlich beim kommunistischen System landen, wie es in Rußland heute an der Tagesordnung ist. Dann erst wäre die „sozialistische Gemeinwirtschaft" erreicht.

Wir können uns beim besten Willen kaum vorstellen, daß die große Masse unserer deutschsprechenden Farmer sich von Leuten wie Macauley ihr ehrlich und schwer verdientes Eigentum abschwätzen lassen wollen, um nur als arme, rechtlose und versklavte Landarbeiter auf einem bolschewistisch verwalteten großen Landgut zu arbeiten. Unsere deutschen Farmer wissen, welch entsetzliches Elend die kommunistische Mißwirtschaft über das russische Volk und besonders über die russischen Bauern gebracht hat. Konnte man in Rußland so leicht und gut leben, wie manche gekaufte Sowjetagenten uns vorgaukeln wollen, so würden gewiß nicht unsere deutschen Bauern in großen Scharen von Südrußland und von der Wolga durch ganz Sibirien bis zur chinesischen Grenze wandern, um nur aus dieser „roten Hölle" zu entrinnen. Wollte die Moskauer Regierung wieder die Auswanderung erlauben, so wäre kein Zweifel daran, daß die Bauern zu Zehntausenden und Hunderttausenden mit Freuden zum Wanderstab greifen würden. Warum soll dann der freie canadische Farmer sich von einigen gerissenen Agitatoren zu dem nämlichen System hinführen lassen, das Millionen von Menschen in Rußland mit heiligem Zorn im Herzen und mit der geballten Faust in der Tasche nicht anerkennen und schärfstens verurteilen? Warum sollen wir in Canada von ehrgeizigen Führern", die politischen und sonstigen Einfluß auf Kosten der Farmer erlangen wollen, uns an der Nase herumführen lassen?

Seien wir klug und halten wir die Augen offen! Seien wir mißtrauisch gegenüber jedem Großsprecher, der mit radikalen Redensarten mit glänzenden Versprechungen und phantastischen Plänen die Notlage der Gegenwart und besonders unserer Farmer für seine eigenen Zwecke auszubeuten sucht! Wenn die hochtrabenden Versprechungen der politischen und wirtschaftlichen Organisationen bei Wahlen und bei Agitationsreisen alle erfüllt worden wären, müßten wir jetzt schon das Paradies auf Erden haben. Doch wie bitter sind viele bereits enttäuscht worden! Lernen wir aus der Vergangenheit für die Zukunft! Was wir nötig haben, ist nicht ein Umsturz der ganzen bestehenden Ordnung, wobei nur wenige gewinnen, während die große Masse ebenso arm oder noch ärmer als zuvor ist, sondern eine vernünftige und gründliche Reform und eine allmähliche Beseitigung der Mißstände, unter denen namentlich auch unsere Farmer leiden. Dazu brauchen wir aber keinen Macauley; denn es gibt, Gott sei Dank, noch erfahrene und tüchtige Männer unter den Farmern, die wissen, wo der Schuh drückt, und welche Abhilfe zu leisten ist. Wollen die Regierungen der Provinz oder Dominion auf sachgemäße und besonnene Reformvorschläge nicht hören, so bleibt uns noch stets die Forderung nach einer Neuwahl und die Entscheidung mit dem Stimmzettel, den wir im gegebenen Augenblick nur richtig verwenden müssen.

Fortdauer des Weltkrieges.

„Die Welt befindet sich nun im achtzehnten Jahre des großen Krieges; denn es ist ein Irrtum, anzunehmen, der Krieg habe mit Niederlegung der Waffen aufgehört, vielmehr wird er seitdem mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln, mit Propaganda und sogar mit pazifistischen Reden und Verträgen weitergeführt. An einen wahren Frieden wird erst zu denken sein, wenn der Vertrag von Versailles aufgegeben und eine ehrliche Lösung der Kriegsentschädigungsfrage erreicht ist. Keine deutsche Regierung kann sich halten, die wirklich in vollem Umfange zu „erfüllen" versuchen würde, denn alle Deutschen stimmen darin überein, die „Reparationen" als einen erzwungenen Tribut und keineswegs als wirkliche Schuldverpflichtung zu betrachten."

So äußerte sich vor der „Foreign Policy Association" im Hotel New Yorker in New York der bekannte Publizist und ehemalige Kriegsberichterstatter Frank H. Simonds.

Der amerikanische Journalist machte sich kürzlich aus eigner Anschauung mit den Zuständen an der deutsch-polnischen Grenze bekannt. „Es versetzte mich zurück in die Zeit von 1914 bis 1918, als ich mich als Kriegsberichterstatter an der Front befand", berichtete er; „ich wünschte, ich könnte einem jeden von Ihnen, der Sie hier im Gefühl voller persönlicher und wirtschaftlicher Sicherheit vor mir sitzen und jeden Komfort genießen, das Elend und den Terror nahebringen, die kennzeichnend sind für die Verhältnisse, unter denen drüben Millionen armer Menschen ihre Tage verbringen. Deutschland, Österreich und Ungarn sind bankerott. Den ganzen Umfang der angerichteten wirtschaftlichen und sozialen Verwüstungen zu überblicken, den diese achtzehn Jahre Krieg angerichtet haben, wird vielleicht erst der Zukunft möglich sein. Bei alledem ist der Kriegswille in den Herzen und Hirnen von Millionen Menschen noch nicht gebrochen. Es geht jetzt für oder gegen die Revision des Versailler Friedensvertrages, für oder gegen Aufrechterhaltung des status quo (des bestehenden Zustandes)."

Italien und Frankreich.

Der große italienische Staatsmann sagte einmal zu einem jungen Diplomaten:

„Ich bin alt und werde sterben, ehe sich ein großes französisches Reich an der Nordküste Afrikas gebildet hat. Aber Du, der Du noch jung bist, wirst den großen Smerz erleben, daß sich ein großes französisches Reich von Marokko bis Ägypten bildet. Und so wie Carthago für Rom eine Todesgefahr darstellte, solange es nicht zerstört wurde, so wird auch das afrikanische Gebiet Frankreichs für Italien eine Todesgefahr sein. Italien wird mit den Franzosen in Tunis, Tripolis und Marokko weder leben noch atmen können."

Mussolini war ebenfalls noch jung, als Crispi diese Worte äußerte, er hat sie jedoch zur Wahrheit werden sehen. Und wer Afrika und Mussolinis Tätigkeit in Erytrea, Cyrenaika und Tripolis beobachtet hat, der wird vielleicht auch gemerkt haben, daß eine Methode dahinter steckt. Mussolini will ein Loch in dem eisernen Ringe offenhalten und vergrößern, den Frankreich um das Mittelmeer schmiedet.

Und Grandi wird gelernt haben, daß Italien bei dem Versuche, den eisernen Ring um Italien zu sprengen, keine Hilfe von Washington erwarten kann. Deshalb kann man die Besuche von Staatsmännern der heutigen Zeit ganz ruhig mit den Monarchenbesuchen früherer Tage in einen Topf werfen. Nach diesen wurde auch immer „das herzliche Einvernehmen" betont und ein paar Jahre später sprangen sich die Monarchen an die Kehle. Die Welt dreht sich und ändert sich, aber die Menschen bleiben sich gleich. Vor allem die Diplomaten und Staatsmänner, ob sie nun „in Hemdärmeln" oder auf mehr polierte Art arbeiten. (D. A.)

Weltumschau

Minister Stegerwald über den deutschen Notwinter. In den letzten Tagen haben sowohl Reichskanzler Dr. Brüning als auch Mitglieder seines Kabinetts Erklärungen abgegeben, die den pessimistischen Meinungen über die Entwickelung der Verhältnisse in Deutschland im kommenden Winter entgegentreten. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, hat sich in einer programmatischen Rede mit der Lage Deutschlands befaßt und erklärt, es sei nicht daran zu zweifeln, daß Deutschland über den bevorstehenden Winter hinwegkommen wird. Dr. Stegerwald sagte unter anderem:

„Deutschland ist gegenwärtig mit etwa 11 bis 12 Milliarden kurzfristig, mit etwa einer gleichen Summe langfristig verschuldet, dazu kommen etwa vier bis fünf Milliarden ausländische Beteiligungen an der deutschen Wirtschaft, so daß die gesamte deutsche Schuldenlast an das Ausland etwa 27 bis 28 Milliarden beträgt. Dazu kommen noch die politischen Schulden. Eine ähnliche Schuldenlast hatte ein moderner Staat in der neueren Zeit nicht aufzuweisen. Deutschland hat allerdings auch Auslandsguthaben, die zwischen 7 bis 9 Milliarden Mark betragen dürften. Unsere Zinsenlast beträgt für die langfristigen Schulden etwa 700 Millionen und für die kurzfristigen nicht viel weniger als eine Milliarde. Dazu kommen noch die Dividenden für die Auslandsbeteiligung an deutschen Wirtschaftsunternehmungen und endlich die politischen Leistungen an Reparationen.

„In den nächsten Wochen wird der außenpolitische Kampf darum entbrennen, ob und wie die politischen Schulden gleichberechtigt neben den privaten behandelt werden können. Deutschland hat nie bestritten, daß die privaten Schulden verzinst und zurückerstattet werden müssen.—Deutschland ist aber nicht in der Lage, daneben noch politische Schulden in größeren Beträgen zu bezahlen. Erst, wenn Deutschland Klarheit über den Stand der Reparations- und Stillhaltefragen hat, ist die feste Basis gewonnen für eine starke Innenpolitik. Deutschland kommt auch um eine innere Stillhaltepolitik nicht herum. Die Regierung ist der Meinung, daß dem deutschen Volk eine zweite Inflation innerhalb eines Jahrhunderts nicht zugemutet werden kann.

„Das Jahr 1932 wird das schlimmste Jahr für die öffentliche Hand werden. Reiche, Länder und Gemeinden werden infolge des verminderten Steueraufkommens ein großes Defizit haben. Mit Veränderungen der Umsatzsteuer kann man unmöglich den Einnahmeausfall der Länder, Gemeinden und des Reiches ausgleichen. Die Löhne sind im letzten Jahr um etwa zwei Milliarden gekürzt worden. Im sozialen Abbau ist schon viel mehr geschehen, als die Oeffentlichkeit glaubt. An der Arbeitslosenfürsorge sind mindestens 750 Millionen in den letzten Jahren praktisch gekürzt worden. Wir haben im nächsten Winter zwar eine größere Arbeitslosigkeit als im letzten Winter zu erwarten, aber sie wird uns nicht mehr kosten, als im letzten Winter. Weitere Ersparnisse sind in der Arbeitslosenfürsorge nicht zu schaffen, wenn nicht eine Preissenkung großen Stils kommt.

„Deutschland wird bestimmt über den Winter hinwegkommen. Wir werden dafür sorgen, daß das Volk nicht zu hungern braucht. Dann müßte es aber sonderbar zugehen, wenn wir nicht die Kraft aufbrächten, auch die übrigen Aufgaben zu bewältigen. Deutschland ist über den Inflationswinter und Stabilisationswinter 1923-24 hinweggekommen mit dem Belagerungszustand, und wenn alles hart auf hart geht, ist der gegenwärtige Staat noch lange nicht am Ende seiner Kraft angelangt. Wenn dafür gesorgt ist, daß die Menschen nicht zu hungern brauchen, dann wird es auch möglich sein, äußerstenfalls mit dem Aufgebot aller staatlichen Machtmittel Ordnung zu schaffen."

Brüning muß selbst handeln. Reichskanzler Brünings Wirtschaftsbeirat, der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg seine Schlußsitzung abhielt, hat keinen definitiven Plan für die wirtschaftliche Sanierung Deutschlands vorzulegen vermocht. Das Endresultat der 26tägigen Arbeit ist ein langes Dokument, das in allgemeiner Form darlegt, was getan werden sollte, aber nicht sagt, wie es getan werden könnte.

Anstatt einen Wirtschaftsfrieden innerhalb Deutschland herzustellen, haben die Beratungen des Wirtschaftsrates zum Austritt der drei Vertreter der Landwirtschaft geführt. Gleichzeitig haben die sechs Vertreter der Arbeiter formell erklärt, daß sie mit Reichskanzler Brüning nicht übereinstimmen.

Reichspräsident von Hindenburg dankte den Mitgliedern des Beirates für ihre Arbeiten und forderte dann die Kabinettsmitglieder auf, „mit äußerstes Beschleunigung" zu entscheiden, was unternommen werden soll, um die Empfehlungen der Kommission in die Tat umzusetzen.

Die Anregungen des Beirates sind von den Zeitungen kühl aufgenommen worden. Die meisten Blätter sagen, die öffentliche Meinung müsse mit Enttäuschung erkennen, daß viel wertvolle Zeit verloren und nichts erreicht worden ist. Vertreter der Landwirtschaft sind der Ansicht, daß der Wirtschaftsbeirat nichts Entscheidendes für die Landwirtschaft tut, und die Delegaten der Arbeiterschaft sind enttäuscht darüber, daß keine Anregung für eine obligatorische 44-Stunden-Woche gemacht worden ist. Die Arbeitervertreter befürchten ferner, daß die Senkung der Produktionskosten einseitig wirken und hauptsächlich zu Lohnabbau führen wird. Sie erklären, daß die durch Lohnkürzungen zu erwartende weitere Verringerung der Kaufkraft auf sozialem wie wirtschaftlichem Gebiet verhängnisvolle Folgen haben muß. Die ganze Verantwortlichkeit für die zukünftige Wirtschaftspolitik fällt nunmehr wieder auf das Kabinett, namentlich auf Reichskanzler Brüning zurück.

Optimisten weisen darauf hin, daß alle in dem Wirtschaftsbeirat vertretenen Gruppen sich auf gewisse fundamentale Punkte einigten, die eine Grundlage für die zu erwartenden neuen Notverordnungen bilden können, mit denen die Regierung die letzten Reserven des Landes heraufholen will. Einstimmig wurden alle Maßnahmen abgelehnt, die Inflations-Charakter haben. Der Wirtschaftsbeirat war sich darüber einig, daß Deutschland die gegenwärtige Höhe der öffentlichen Ausgaben nicht länger ertragen kann. Er empfahl eine Klärung des Reparationsproblems, eine Neuregelung der Auslandskredite, eine Revision der Beziehungen zwischen der Regierung und den Banken und die Schaffung von neuen Skalen für Preise, Löhne und Zinsraten. Es wurde jedoch gleichzeitig davor gewarnt, Reduzierungen in Bausch und Bogen vorzunehmen.

Louis Loucheur gestorben. Louis Loucheur, Minister in verschiedenen Kabinetten und des Oefteren als der reichste Mann Frankreichs bezeichnet, starb nach kurzer Krankheit im Alter von 59 Jahren. Louis Loucheur wurde 1872 in Roubaix geboren, besuchte das Gymnasium in Lille und später das Polytechnikum. 1914 wurde er vom Millerand mit der Erzeugung von Kriegsmaterial betraut, war unter Briand im Jahre 1916 Unterstaatssekretär im Kriegsamt und war später in den Kabinetten Ribot, Painleve und Clemenceau Rüstungsminister. Nach Waffenstillstand, im Januar 1920, war er Minister für industriellen Wiederaufbau, auch hatte er einmal das Finanzministerium inne. Er erwarb sich starken industriellen Einfluß und große Reichtümer. 1921 und 1922 war er Minister für die befreiten Gebiete und zeichnete mit Rathenau das Wiesbadener Abkommen. Während der Konferenz von Cannes trat er zusammen mit dem damaligen Premier Briand vor dem Ansturm der Poincareschen Richtung zurück, trat aber 1924 in das Kabinett Poincare als Handelsminister ein. Loucheur übte großen Einfluß auf die Behandlung der Reparationsfrage aus. Auch war er mehrfach Mitglied der französischen Delegation zum Völkerbund. „Petit Journal" und verschiedener Provinzblätter im Norden Frankreichs.

Die britischen Schutzzölle. Der britische Handelsminister, Walter Runciman, erklärte im Unterhause, die Regierung habe gar nichts dagegen, wenn ausländische Firmen Fabriken in England einrichten, um den Hochzöllen zu entgehen, die sie für ihre Waren entrichten müßten, wenn sie aus dem Ausland nach England geschickt werden würden. „Ich denke nicht, daß es wünschenswert ist, ausländische Firmen daran zu verhindern, daß sie hierzulande britische Arbeiter beschäftigen," antwortete er einem Fragesteller.

Im britischen Handelsamt ist man eifrig dabei, noch höhere Zollsätze für mancherlei Wareneinfuhren festzusetzen, die bereits durch einen Ministerialerlaß durch Auferlegung 50prozentiger Wertzölle erschwert worden sind. Die endgültigen Zollsätze sollen erst in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden, aber der „Daily Telegraph" erfährt schon, daß namentlich die Einfuhr von Eisen- und Stahlwaren mit besonders hohen Zöllen belastet werden soll.

Laut Meldung der „Evening News" wird im Unterhause die baldige Durchführung eines Quotensystems für den Import von Weizen und Gerste angekündigt werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Festsetzung der Quantität britischen Weizens, den die Müller unbedingt zu vermahlen haben werden.

Drohung gegen Mahatma Gandhi. Mahatma Gandhi wurde in London mit Landesverweisung bedroht, falls er beabsichtigt, auch weiterhin den passiven Widerstand gegen die britische Vorherrschaft fortzusetzen. Diese Drohung kam seitens des Lord Elibank, des früheren Unterstaatssekretärs der Kolonien.

„Gandhi erklärte uns des öfteren, daß er gern sähe, daß wir aus Indien verschwinden. Wenn dies sein Vorschlag ist, laßt uns dasselbe mit Gandhi tun, was er gern mit uns täte", sagte Lord Elibank. Er machte den Vorschlag, daß man Gandhi auf eine einsame Insel verbanne, falls er seinen Feldzug gegen die britische Regierung fortsetze.

Lord Lothian, Unterstaatssekretär für Indien, erklärte, daß die Regierung beabsichtige, den Aufstand der indischen Nationalisten mit allen Mitteln zu unterdrücken, da man sich einer sehr ernsten Lage gegenüberstehe. „Es ist die Pflicht der Regierung, einer Anzahl von Nationalisten, deren Ziel es ist, den politischen Fortschritt durch Aufstände aufzuhalten, Einhalt zu gebieten", sagte Lord Lothian. „Energisches Handeln ist am Platze, um diese Störung zu beenden. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß jeder Regierungsbeamte in einigen Bezirken von Bengal seine Pflicht unter Todesverachtung ausübt."

Lord Brentford, früherer Hausiekretär, sagte, daß seit dem Beginn der Gandhischen Kampagne mindestens 12 Engländer ermordet oder in mörderischer Absicht angegriffen wurden. Er sagte, daß die Notwendigkeit zu drastischem Handeln vorliegt. „Gandhi hat die Regierung seit gewarnt, daß Zeiten des Ungehorsams gegenüber der englischen Regierung vor uns liegen", sagte Lord Brentford.

Japanische Forderungen. Japan forderte die Nationen des Völkerbundes auf, für die Gründung einer neutralen Zone in der Mandschurei und für die Zurückziehung chinesischer Truppen aus Tschintschau einzutreten. Man nimmt an, daß Japan sich für eine Annahme der Völkerbundsvorschlägen entscheidet, wenn die Truppen von Tschang Hsueh Liang zurückgezogen werden.

Durch eine japanische Offensive wurden irreguläre chinesische Truppenteile westlich von Mukden zurückgetrieben. Auch ließ Japan erkennen, daß die Gefahr für ernste Kämpfe besteht, falls Tschiang Kai-Schek sich mit Tschang verbindet. Das Kriegsministerium gab jedoch an, daß die Japaner vorläufig noch nicht gegen Tschintschau vordringen werden.

Der Völkerbundrat entwirft gegenwärtig neue Beschlüsse über die Räumung der Mandschurei und über die Ernennung einer Untersuchungskommission, ohne jedoch angesichts der starren Haltung Japans und Chinas große Hoffnungen auf einen Erfolg zu hegen.

Die Kämpfe in der Gegend von Mukden scheinen den Anstalt für einen Marsch der Japaner nach Süden zu bilden. Angeblich sollen die Chinesen zuerst einen Angriff auf japanische Infanterie und Pioniere ausgeführt haben, bevor die Japaner ihrerseits zum Angriff übergingen. Wenigstens ist die Entwickelung in einem offiziellen japanischen Bericht so dargestellt.

Der chinesische Vertreter beim Völkerbund, Dr. Alfred Sze, erklärte jedoch seinerseits, daß den Banditen in der Mandschurei durch die Japaner Hilfe zuteil würde und daß sich 4000 japanische Truppen auf dem Wege nach der Mandschurei befinden.

Kundgebung der Antifaschisten. Der italienische Außenminister Dino Grandi und Signora Grandi hatten am 24. November in New York einen weiteren geselligen Tag, wobei die Polizei noch größere Vorbereitungen zu ihrem Schutze getroffen hat, nachdem während eines Besuches des Außenministers und seiner Gattin im Metropolitan Opera House die Antifaschisten eine Kundgebung veranstaltet hatten, die zur Verhaftung von drei Personen führte.

Der unangenehme Zwischenfall der im Abwurf von Zetteln vom vierten Balkon bestand, als Grandi das Theater betrat, ereignete sich, trotzdem die Polizei die größten Vorsichtsmaßnahmen getroffen hatte. Das Operngebäude war stark bewacht. 400 Polizisten hatten in demselben und in seiner nächsten Umgebung Aufstellung genommen. Einige mischten sich unter das Publikum, andere befanden sich auf den Dächern nahegelegener Gebäude, während 12 Detektive in der Nähe der Loge saßen, in der die Besucher Platz genommen hatten.

Trotzdem kam es zum Abwurf der Zettel, auf denen Aufsprüche standen wie die folgenden: „Nieder mit Grandi, lange lebe Italien!" „Nieder mit dem Faschismus, hoch Italien!", „Nieder mit der Tyrannei! Hoch Italien!"

Ehescheidung aus nationalen Gründen

Deutscher Offizier ließ sich von Tochter des verstorbenen Edison scheiden.

Leipzig. — Bei der Unterredung mit dem Vertreter einer Berliner Zeitung hat Oberst Oskar Oeser die Begebenheiten, die zu seiner Trauung mit Marion Estelle Edison, der ältesten Tochter des verstorbenen Thomas A. Edison führten, und die Gründe enthüllt, die 24 Jahre später zur Ehescheidung führte.

Frl. Edison hatte 1894 auf einer Deutschlandreise bei der Familie Oeser Wohnung genommen. Bald darauf kürte der junge Leutnant Oeser auf Urlaub zurück. Die Unterhaltung zwischen den beiden jungen Leuten wurde in schlechtem Französisch geführt, da er der englischen und sie der deutschen Sprache nicht mächtig war. Das Paar verliebte sich, doch standen der Trauung viele Schwierigkeiten im Wege. Die Eltern des jungen Mädchens zogen zunächst Erkundigungen über die Oeser-Familie ein, und als diese zufriedenstellend ausfielen, sandte Edison die nötigen Geldmittel, die zum standesgemäßen Leben eines deutschen Offiziers als Kaution vorgeschrieben sind, ehe die Militärbehörden die Heiratserlaubnis erteilen. Eine weitere Schwierigkeit war, daß Marion keiner Glaubensrichtung angehörte und ungetauft war. Die Taufhandlung wurde nachträglich in Neusalza vollzogen, und dann erfolgte am 1. Dezember 1895 die Trauung in Dresden. Edison war zu beschäftigt mit seinen Erfindungen in Amerika und erst 16 Jahre später hatte er in Meran eine Zusammenkunft mit seinem Schwiegersohn und der Tochter, in deren Gesellschaft er dann Deutschland bereiste. Damals hatte Edison seltsame Begriffe von deutschen Zuständen. Eines Tages sagte er zu seinem Schwiegersohn ernsthaft: „Sollten Sie den Kaiser treffen, bitte, ihm zu sagen, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzugeben." Später richtete der Schwiegersohn an Edison einmal die Frage, welche seiner Erfindungen er für die beste halte, und die Antwort mit einem lächelnden Blick auf die Tochter lautete: „Meine beste Erfindung besitzen Sie."

Die Scheidung der Ehe kam 1919 und Oberst Oeser schieb die Schuld dem Eintreten der Ver. Staaten in den Weltkrieg und den 14-Punkten des Präsidenten Wilson zu: „Meine Frau war Amerikanerin geblieben und ich war ein aktiver Offizier und hatte die Folgen zu tragen. Ich konnte mit einer Landsmännin des Präsidenten Wilson einfach nicht leben."

Nationalsozialistische Dokumente entdeckt?

(Fortsetzung von Seite 1.)

dem Publikum erklärlich zu machen, an die Durchführung derartig radikaler Maßnahmen sei nur gedacht, falls die Kommunisten die Macht an sich reißen und die Nationalsozialisten dadurch gezwungen würden, sie gewaltsam aus der Regierung zu vertreiben.

Aber im ganzen Reich herrscht Hochspannung. Man fragt sich ob es wohl sein könne, daß Hitler derartig radikale Maßnahmen wie die Konfiszierung von Bankguthaben und die Abschaffung des Privateigentums überhaupt befürworte, obgleich ja sein Buch „Das dritte Reich" derartige Andeutungen enthält.

Sollen aus der Partei ausgeschlossen werden.

München, 26 Nov. (A. P.) Die Nachricht von angeblichen Hochverrats-Umtrieben der hessischen Nationalsozialisten erreichte den Parteiführer Adolf Hitler durch die Presse. In seinem Namen und Auftrag suchte Hermann Wilhelm Goering, das bekannte Reichstagsmitglied der Partei, den bayerischen Innenminister auf und eröffnete diesem, die Parteileitung habe sich bei ihrer Politik streng an den Buchstaben des Gesetzes gehalten.

Wie verlautet, untersucht das Münchner Hauptquartier der Nationalsozialisten die Darmstädter Vorgänge auf das schärfste zu dem ausgesprochenen Zweck, diejenigen aus der Partei auszustoßen, welche sich, entgegen den Anordnungen des Hauptquartiers, gesetzwidriger Handlungen schuldig gemacht haben.

Jeder Leser sei auch ein Werber für seine deutsche Zeitung.

Lesen Sie
„Marianne reist nach Asien"!

Der spannendste deutsche Roman, der jemals in Canada erschienen ist, von dem man in allen deutschen Kreisen des Landes sprechen wird, beginnt in dieser Ausgabe.

Bitte, beachten Sie die Seiten 10 und 11!

Dieser Roman ist zugleich die köstlichste Liebesgeschichte, die schönste Reisechilderung und die tollste Detektivverzählung.

Ist Ihr Abonnement bezahlt, damit Sie ohne Unterbrechung „Marianne reist nach Asien" lesen können?